

Belagerungszustand in Sri Lanka

Eindrücke einer Visite

Theodor Rathgeber

Auf Einladung der Methodisten-Kirche in Sri Lanka hielt sich der Autor zusammen mit Angehörigen der Vereinten Evangelischen Mission und Partnerkirchen aus Namibia sowie den Philippinen Anfang November 2008 für neun Tage in Sri Lanka auf. Seelischer Beistand und Unterstützung in Sachen Menschenrechte waren gefragt in einem Land, das noch vor rund drei Jahrzehnten auf dem Weg einer gelingenden, nachholenden Entwicklung schien und heute im schmutzigen Krieg, in Apartheid und „Demokratie“ zu versinken droht. Der folgende Bericht gibt die Begegnungen mit Menschen verschiedener Volksgruppen – Muslime, Singhalesen, Tamilen – wieder und ist bewusst in subjektiven Eindrücken gehalten.

Die Methodisten-Kirche gehört in Sri Lanka zu den wenigen gesellschaftlichen Institutionen, die nicht nur Angehörige aus den ethnischen Gruppen der Singhalesen und Tamilen umfasst (insgesamt rund 35 000 Menschen), sondern einen Dialog zwischen den Religionen initiiert hat: Buddhisten, Christen, Hindus und Muslime. Zwar stehen christliche Kirchen im Geruch, eine Vorhut des Westens und neokolonialer Interessen sowie eher Tamilen-freundlich zu sein. Der sozialkritische Ansatz und die kontinuierliche wie praktische Arbeit mit allen Teilen der armen Bevöl-

kerung Sri Lankas haben jedoch genug Reputation geschaffen, um das Unterfangen eines zwischenreligiösen Dialogs beginnen zu können.

Die meisten Gesprächspartner erwarten von den religiösen Institutionen und Führungspersonen keine definitive Lösung, insbesondere nicht des kriegerischen Konflikts, aber eine laute Stimme, die der täglichen Kriegsbeschworung seitens der Politik widerspricht. Eine gefährliche Mission: 14 Journalisten mussten in den vergangenen zwei Jahren ihr Bemühen um Gegenöffentlichkeit

mit dem Leben bezahlen. Die regierungsnahen Presse veröffentlicht jeden Tag eine gute Kriegsmeldung, unabhängige Printmedien werden demnächst über Lizenzregelungen elegant erledigt. Der wesentliche Beitrag zum Diskurs der zivilen Konfliktlösung wird von buddhistischer Seite kommen müssen, von hochrangigen Mönchen, um die Mehrheit in der Gesellschaft und der politischen Parteien überhaupt zu erreichen. Die organisatorische Struktur der christlichen Kirchen bietet allerdings günstige Bedingungen, ein solches Unterfangen zum Erfolg zu führen. Die Initiative muss gegen die allgemeine Ermüdung im Großteil der Bevölkerung ankämpfen, sich mit dem ethnisch belegten Konflikt zwischen singhalesischem Mainstream und tamilischer Selbstständigkeit bzw. Autonomie per Dialog auseinandersetzen zu wollen sowie das gesellschaftliche Trauma der militärischen Hochnäherung während des Waffenstillstandes zu überwinden.

Im Vordergrund der Gespräche stand die humanitäre Katastrophe, der sich insbesondere rund 250 000 Tamilen als intern Vertriebene in der nördlichen Region Wanni gegenübersehen. Beide Kriegsparteien, die Armee Sri Lankas wie die *Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam, LTTE)*, in-

Heinz Müller



Flüchtlingslager in der Region Wanni, Nord-Sri Lanka.

strumentalisieren die Flüchtlinge je auf ihre Weise und verunmöglichen unabhängige Hilfe von außen. In den Camps der Flüchtlinge in Wannı gibt es kein sauberes Wasser, keine sanitären Einrichtungen, keine Baumaterialien, und die Flucht vor der Artillerie und den Bomben der Armee führt nicht zuletzt in früher wenig besiedelte Gebiete mit hohem Schlangenanteil. Umgekehrt lassen die Erzählungen der Gesprächspartner aus dem Norden des Landes den Schluss zu, dass die LTTE die Flüchtlinge wenn nicht als Geiseln, so als Faustpfand hält, um den – berechtigten – Druck der internationalen Öffentlichkeit auf die Regierung Sri Lankas zu erhöhen und in einen militärstrategischen Vorteil umzumünzen.

Gleichwohl sehen sich viele Tamilen offensichtlich lieber im „Gewahrsam“ der LTTE als der Regierung. Viele Gesprächspartner verweisen darauf, dass die LTTE weder historisch noch des Konfliktstoffs wegen die Ursache des Krieges darstellt, sondern der sturen Verweigerung der singhalesischen Regierungen erwachsen ist, die tamilische Bevölkerung im Norden und Osten des Landes etwa in einer föderalen Struktur an der Entwicklung des Staates Sri Lanka gleichberechtigt zu beteiligen. Die Affinität von tamilischer Identität und politisch-militärischer Repräsentanz durch die LTTE – mittels Mord und Totschlag in den

eigenen Reihen – wird durch die aktuelle Kriegspolitik der singhalesischen Regierung eher bestärkt. Vielen Tamilen gilt eine militärische Niederlage der LTTE als Verneinung ihrer ethnisch begründeten Existenz und Eintritt in ihre „Versklavung“.

Was das konkret heißt, lässt sich vor allem in den seit 2007 von der Armee zurückeroberten Gebieten der Halbinsel Jaffna und im Osten Sri Lankas nachvollziehen. Die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung geht mit Demütigung und Diskriminierung der tamilischen Bevölkerung einher, die viele Gesprächspartner von Apartheid sprechen oder Vergleiche mit der palästinensischen Bevölkerung ziehen lassen. Neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst werden überwiegend mit Singhalesen besetzt, mit der Begründung, das Verhältnis der Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen (etwa 4:1 im Verhältnis von Singhalesen zu Tamilen). Eine derartige ethnische Quotierung wird jedoch nur im Norden und im Osten praktiziert. In keiner anderen Provinz mit überwiegend singhalesischer Bevölkerung können sich umgekehrt Tamilen auf eine solche Quote berufen.

Wo konkrete Aufbauhilfe geleistet wird – Infrastruktur, Wasser, Straßen, Elektrizität – geschieht dies im Osten und Norden im Rahmen der Auf-



Heinz Müller



Für Kinder gibt es in den Lagern nur unzureichenden Schulunterricht.

standsbekämpfung. Alles, auch Programme zum Hausbau, zur Fischerei, Vieh- und Landwirtschaft, muss über den Schreibtisch des Distriktoffiziers. Offiziere, die ein tatsächliches Interesse am zivilen Aufbau haben, sind die große Ausnahme; wie etwa in Vakarai (Osten), der immerhin die Dorfkomitees konsultiert. Seine Arbeit erhielt bereits mehrere, auch internationale Auszeichnungen und wird gern als exemplarisch dargestellt. Das Verständnis für die Entwicklungsbelange der Tamilen endet jedoch auch in Vakarai abrupt, sobald die Regierung auf einem fruchtbaren Siedlungsgebiet etwa ein Kohlekraftwerk betreiben will (Sampoore; mit indischer Beteiligung). Das Gebiet wird kurzerhand als Hochsicherheitszone deklariert, was jegliche privaten Rechte an Land und Ressourcen außer Kraft setzt. Hier hat dann auch der traditionelle Gemeindeführer nichts mehr zu sagen und muss mit seiner Gemeinde im Flüchtlingscamp ausharren.

Heinz Müller



Trinkwasser im Lager ist knapp.



Provisorische Behausung

Dass die Regierung die staatlichen Institutionen zu schützen versucht und Checkpoints einrichtet, wird einer Regierung bei diesem Gegner nur schwerlich in Abrede gestellt werden können. Es darf aber bezweifelt werden, ob das konsequente willkürliche Herausgreifen von tamilischen Jugendlichen, die zigfache Durchsuchung im öffentlichen Busverkehr etwa in der Stadt Batticaloa (im Osten) auf einer Strecke von fünf Kilometern, die einen Handel mit frischer Ware zum Erliegen bringt, unter Sicherheitsaspekten zu verbuchen sind. In der Stadt Jaffna (im Norden) ist allein der Begriff ‚öffentliches Leben‘ eine Beschönigung. Auch bekanntere Personen wie Bischöfe gehen im Ornat zum Einkaufen, in der Hoffnung, vor (para-) militärischen Gruppen oder offen operierenden Todesschwadronen einigermaßen sicher. Berüchtigt sind weiße Van-Fahrzeuge ohne Kennzeichen, die unter den Augen von Polizei und Militär operieren. Aufgrund der Zeugenvernehmungen kommt selbst die vom Staatspräsidenten eingesetzte nationale Untersuchungskommission zum Schluss, dass es schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen an Tamilen – Verschwindenlassen, extralegale Tötungen, Mord, Folter – und ein hohes Maß an Strafflosigkeit gibt. Leider sind solche Aussagen nur auf infor-

mellem Weg zu erhalten, da die Regierung die Veröffentlichung des Untersuchungsberichts verhindert; ähnlich bei der nationalen Menschenrechtskommission.

Selbst in der Hauptstadt Colombo ist der Generalverdacht gegen Tamilen in geradezu jeder alltäglichen Handlung präsent, und der Ausnahmezustand ermöglicht willkürliches Vorgehen ohne die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung. Viele Checkpoints vor allem im Regierungsviertel lassen keinen Tamilen unkontrolliert vorbeifahren oder gehen. Insbesondere junge Tamilen werden an solchen Kontrollpunkten oder bei Razzien in hermetisch abgeriegelten Stadtgebieten häufig verhaftet und für mindestens 24 Stunden festgehalten; vor allem, wenn sie aus dem Norden stammen. Nach Colombo reisende Tamilen müssen sich bei ihrer Ankunft sofort registrieren lassen, auch wenn sie privat übernachten; ansonsten droht ebenfalls umgehende Verhaftung. Hebt eine Tamilin oder ein Tamile mehr als 40 000 Rupie (ca. 360 Euro) bei seiner Bank ab, muss die Person dies der Bank gegenüber begründen. Die Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland unterliegen der gleichen Kontrolle. Das System der Überwachung wird durch die staatlich geför-

derte, anonyme Denunzierung und Privilegien für Denunzianten komplettiert; wie bei der von der LTTE abtrünnigen Gruppe des Obersts Karuna (mit bürgerlichem Namen Vinayagamorthy Muralitharan) im Osten des Landes.

Junge Tamilen finden in Colombo kaum Beschäftigung, da die Arbeitgeber fürchten, dass die jungen Leute von der LTTE infiltriert sind, oder dass die Polizei häufiger am Arbeitsplatz erscheint, die Tamilen zum Verhör mitnimmt und sie somit als Arbeitskraft ausfallen. Die Tamilen-Gemeinschaften in Colombo kennen Hunderte von Beispielen, aus denen sich das Muster ablesen lässt, dass die Polizei systematisch Firmen belästigt, die Tamilen beschäftigt. Was bleibt, ist eine freiberufliche Tätigkeit (als Straßenhändler), die Abwanderung ins Ausland, oder die Verarbeitung der Wut im militanten Widerstand. Mit Dauer des Krieges und den nicht mehr zu verheimlichenden Verwundeten und teilweise lebenslang Gezeichneten wollen allerdings auch viele junge Singhalesen das Land verlassen. Europäische Diplomaten gehen von rund 9 000 Toten, 14 000 Deserteuren und einer sehr hohen Zahl von Verwundeten seit 2007 aus.

Die Angst geht allerdings nicht nur unter Tamilen um. Vertreter der Muslime empfinden die Vertreibung der LTTE aus dem Osten des Landes überwiegend als Befreiung. Den Terrorismus, Tsunami und Zyklone (in dieser Reihenfolge) bezeichnen sie als größte Probleme. In der von der LTTE ausgegerufenen Tamil Nation schien kein Platz für sie, und vor allem aus Gebieten aus dem Norden wurden sie seit 1983 nach und nach systematisch vertrieben. Rund 450 Bauern- und Händlerfamilien leben bis heute als arbeitslose Flüchtlinge bei Verwandten in Batticaloa und haben faktisch erst dann die Chance zur Rückkehr, wenn die LTTE auch im Norden militärisch unterliegt und dominierte Gebiete räumen muss. In der Alltagssprache werden die Grenzen der muslimisch bzw. tamilisch geprägten



Basis-Krankenversorgung im Flüchtlingslager.

Stadtteile als „Grenzgebiet“ bezeichnet. Tamil-Kinder müssen einen langen Umweg zur Schule nehmen, weil die nebenan liegende Muslim-Schule sie nicht haben will. Das Vorschulprojekt der Methodisten-Kirche, Friedensarbeit durch gemischte Schulklassen, ragt einsam aus dem Meer der gegenseitigen Vorurteile.

Die großen politischen Lösungen wie Regionalisierung der Machtstrukturen und Dezentralisierung scheinen durch die instrumentalisierende Herangehensweise der Kriegsparteien erst einmal verbraucht. Die All-Parteien-Konferenz der Regierung wird allein ihrem Namen nicht gerecht, da die im nationalen Parlament vertretene Vereinte Tamilische Befreiungsfront (*Tamil United Liberation Front*, TULF) nicht beteiligt ist, durch Attentate vier von 21 Parlamentsmitgliedern verlor und ein Teil sich inzwischen nach Indien geflüchtet hat. Anzeichen für eine faire Beteiligung an der Machtausübung sind dies nicht. Ebenso werden zivilgesellschaftliche Ansätze systematisch behindert oder unterdrückt. Die nationale Menschenrechtskommission darf ihre Angaben über Menschenrechtsverletzungen nicht veröffentlichen, pro-aktive Menschenrechtler wie der Verantwortliche der nationalen Menschenrechtskommission für die Region

Jaffna werden kurzerhand ausgewechselt, die internationale Überwachung zum Schutz der Menschenrechte wird als Verrat an der Nation geißelt.

Andererseits können Krieg, Verbrechen und Diskriminierung nicht einfach hingenommen werden. Es hilft schon, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verletzungen der Menschenrechte zu dokumentieren, damit sie nicht vergessen werden und in einem günstigeren Moment als heute zur Verurteilung der Täter bereit stehen. Auf internationaler Ebene ist es notwendig, den Apartheid-Charakter der aktuellen Regierung vor allem afrikanischen Staa-

ten zu verdeutlichen. Darüber hinaus muss die Europäische Union zu ihrem Kontrakt stehen, wonach die steuerliche Vorzugsbehandlung Sri Lankas u.a. an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpft ist. Selbst wenn Staaten wie China, Pakistan oder der Iran bereit stehen, die Rolle des Investors zu übernehmen und der EU also Geschäftseinbußen drohen, wünschen sich die Menschen, dass wenigstens bei den Europäern dieses Mal die Ethik dem Profit vorangeht. Sicher ist das nicht, und eigentlich wird dringend ein internationales Netzwerk gebraucht, das dieses Anliegen mit Nachdruck und nachhaltig einfordern kann.

Einige der unerfüllten Regierungsaufgaben sind in den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsrates aus dem UPR-Verfahren (*Universal Periodic Review*) enthalten. Die Überwachung durch internationale – d.h. unabhängige – Einrichtungen jedoch gerade nicht. Es gilt herauszuarbeiten, dass weder die existierenden nationalen Institutionen noch die Berater der UNO solche Funktionen effektiv ausfüllen. Sri Lanka bot im UPR-Verfahren freiwillig u.a. legislative Initiativen an. Auch hier könnte eine internationale Koordination Zugzwänge schaffen. Die Menschen in Sri Lanka gehen jetzt schon Risiken ein, indem sie sich inkonform gegenüber der Kriegspolitik verhalten. Ihrer Unterstützung sollten wir uns würdig erweisen.



Gottesdienst.